

## Risse in der Mauer

In Ostdeutschland rücken die Christlichdemokraten immer näher an die AfD. **4**

## Werbung mit Greta

Die Migros warb auf Facebook mit der Klimaaktivistin – ohne deren Einwilligung. **10**

## Embleme für Gefühle

Die Emojis haben die Welt erobert – und die Realität in Watte gepackt. **23**



## Barbara Traber

Die Autorin bereichert den diesjährigen Orgelspaziergang mit Berner Geschichten. **28**

AZ 3000 Bern 1

# Der Bund

Donnerstag, 15. August 2019 — 170. Jahrgang, Nr. 188 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

### Heute im «Bund»

#### Steuersenkung verpufft

**Argentinien** Geplante Steuersenkungen helfen dem Aktienmarkt in Buenos Aires kaum. Der Leitindex der Börse notierte gestern 0,5 Prozent im Plus, 30 Prozent unter dem Niveau von Freitag. Die Angst vor der Staatspleite grassiert. **Seite 3**

#### Bürger informieren Bürger

**Direkte Demokratie** Die Stadt Sitten wagt vor der eidgenössischen Abstimmung im kommenden Februar ein Experiment: Zwanzig per Los ausgewählte Leute sollen ihre Mitbürger in ihren eigenen Worten über die Vorlagen informieren. **Seite 7**

#### Bange Blicke nach Norden

**Wirtschaft** Handelskonflikte und die schwächere Weltkonjunktur haben die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2019 schrumpfen lassen. Die Schweizer Industrie hofft, mit einem blauen Auge davonzukommen. **Seite 9**

#### Thuner in Moskau

**Fussball** Will der FC Thun heute bei Spartak ins Playoff zur Europa League einziehen, muss er wohl mit zwei Toren Unterschied gewinnen. Der Kampfgeist dürfte dabei die entscheidende Rolle spielen. **Seite 14**

#### Filmen nicht erwünscht

**Obergericht** Ein Polizist hat zu Recht darauf bestanden, dass ein Beobachter einer Kundgebung in Bern einen Film auf dem Handy löscht. Experten sind erstaunt, dass das Gericht das Filmen als Sicherheitsproblem wertete. **Seite 19**

### Meinung & Analyse

## «Die Begeisterung für Greta Thunberg erweist sich als Kehrseite des Populismus à la Trump.»

Die Klimaaktivistin und der US-Präsident sind sich plötzlich erstaunlich ähnlich, findet Karin Janker. **Seite 8**

### Service

Leserbriefe	8/21	Wetter	21
Börse	10	Berner Kultur	24
Kinoprogramm	18	Todesanzeigen	25
TV/Radio	20		

**Redaktion** Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 385 11 12, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

**Verlag** Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax: 031 330 36 86

**Inserate** Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax: 031 330 35 71, Mail: inserate@derbund.ch

**Abonnemente** Tel. 0844 385 144 (Lokalstar), Mail: abo@derbund.ch



# SBB entdecken neue Mängel, Unmut bei Personal wächst

**Bahn** Die SBB haben weitere Zugtüren mit defektem Einklemmschutz festgestellt. Nun fordert die Gewerkschaft Nachkontrollen auch bei anderen Wagentypen.

**Philipp Loser** und **Philipp Felber-Eisele**

Der tragische Unfalltod eines Zugbegleiters in Baden beschäftigt die SBB – ganz oben und ganz unten. Gestern wurden die Ergebnisse einer Sonderkontrolle des betreffenden Wagentyps veröffentlicht. Bisher wurden bei den Einheitswagen IV fünf Türen entdeckt, bei denen der Einklemmschutz nicht funktionierte. Die gesamten Nachkontrollen werden noch sechs bis sieben Wochen dauern – insgesamt sind 493 Wagen des entsprechenden Typs in der Schweiz unterwegs.

Die Defekte sind brisant, weil nach ersten Erkenntnissen der Schweizerischen

Sicherheitsuntersuchungsstelle auch beim Unfallwagen der Einklemmschutz «nicht funktionsfähig» war. «Diese Defekte wären auch bei den regulären Kontrollen entdeckt worden», beteuerte Linus Looser, Leiter Bahnproduktion SBB, am Mittwoch vor den Medien. Inwiefern von diesen defekten Türen eine Gefahr für Passagiere und Personal ausging, sagte Looser nicht.

Die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV fordert nun umfassende Nachkontrollen – auch bei anderen Wagentypen. «Das darf nie mehr passieren!», schrieb die Gewerkschaft in einer Mitteilung an ihre Mitglieder und forderte als Sofortmassnahme, dass die Züge

künftig nach dem Einsteigen abgefertigt würden. Zugbegleiter würden demnach per SMS oder Anruf dem Lokführer die Abfahrt freigeben – die SBB lehnen diese Forderungen ab.

Unter den Angestellten der Bundesbahnen ist der Unmut gross. «Traurig, dass zuerst etwas Schlimmes passieren musste, bevor man etwas unternimmt», postete eine Mitarbeiterin in den sozialen Medien. Es ist eine von Dutzenden Meldungen dieser Art – den Bähnern reicht es ganz offensichtlich. Dabei sind der tödliche Unfall und die Reaktionen darauf nur ein Indiz für ein schon länger gestörtes Verhältnis zwischen der Basis und der Spitze. **Seite 2**

## Familie Napoleon



**Jubiläum** Diesen Hut soll der Korse in der Schlacht von Waterloo getragen haben. War er ein Tyrann oder ein Versöhner? Napoleon Bonaparte gibt auch 250 Jahre nach seiner Geburt Anlass zu Streit. Sein Neffe wurde in Thun militärisch geschult. Es half ihm später wenig. (lok) **Seiten 2/17** Foto: Keystone

## Gift im Seeländer Trinkwasser

**Pestizide** Nachdem die EU das umstrittene Pestizid Chlorothalonil verboten hat, gelten auch in der Schweiz neue Grenzwerte. Das Fungizid wird in der Landwirtschaft seit den 1970er-Jahren gegen Pilzbefall eingesetzt. Von den Feldern gelangen seine Abbauprodukte aber auch ins Grundwasser. Im Kanton Bern ist das Seeland als «Gemüsekommer der Nation» davon besonders betroffen: Die betroffenen Wasserversorger stehen nun unter Druck: Sie müs-

sen dafür sorgen, dass innerhalb einer bestimmten Frist die gemessenen Werte sinken – sonst müssen die Fassungen geschlossen werden.

Bei der Seeländischen Wasserversorgung (SWG) sorgt dies für Unmut: «Es kann nicht sein, dass Trinkwasserfassungen wegen Chlorothalonil geschlossen werden müssen, während der Stoff weiterhin in den Regalen der Landi angeboten wird», so SWG-Chef Roman Wiget. (ama) **Seite 15**

## Methadontherapie soll getestet werden

**Krebs** Vor zwei Jahren sorgte der Drogenersatzstoff Methadon für Aufsehen bei Krebspatienten. Die deutsche Chemikerin Claudia Friesen propagierte die Substanz als mögliches Krebsmedikament. Seither ist sie für Onkologen eine Reizfigur. Diese raten wegen Risiken und fraglicher Wirksamkeit von der Substanz ab. Doch nun könnten Studien mit Patienten bald klären, ob das Opioid zur Krebstherapie geeignet ist. (fes) **Seite 27**

### Kommentar

## Ein fragwürdiges Manöver

Der Bundesrat verfasst eine Botschaft zu einer Volksinitiative, übergibt das Geschäft den eidgenössischen Räten – und greift nicht mehr in den parlamentarischen Prozess ein. So ist der Bundesrat bisher auch bei der Konzernverantwortungsinitiative vorgegangen: 2017 beantragte er dem Parlament, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Seither debattieren die Räte: Der Nationalrat will einen Gegenvorschlag zur populären Initiative, der Ständerat sagte bisher knapp Nein. Offenbar ist nun im Bundesrat die Sorge gestiegen, dass sich spätestens das neu zusammengesetzte Parlament auf einen Gegenvorschlag einigen könnte. Deshalb greift die Regierung auf Initiative von Justizministerin Karin Keller-Sutter in ungewohnter Weise in die Beratungen ein: Sie kündigt eine Art abgeschwächten Gegenvorschlag an, sollten die Räte auf einen eigenen verzichten.

Damit baut der Bundesrat jenen Parlamentariern eine Brücke, denen der Vorschlag der grossen Kammer zu weit geht, die aber die Initiative nicht ohne Alternative an die Urne bringen wollen. Sie können nun den Gegenvorschlag verwerfen und im Abstimmungskampf betonen, der Bundesrat werde der Problematik Rechnung tragen.

Das Vorgehen des Bundesrats ist fragwürdig. Während der Gegenvorschlag des Nationalrats eine eingeschränkte Haftung vorsieht, setzt der Bundesrat auf die Selbstregulierung der Branche. Diverse Skandale zeigten jedoch, dass dies nicht ausreicht: Wenn Konzerne in Ländern mit schwacher Rechtsstaatlichkeit um Millionenaufträge kämpfen, drohen Korruption, Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen. Es ist deshalb richtig, Grossunternehmen auch im Ausland zu einer gewissen Sorgfaltspflicht anzuhalten.

Auch aus staatspolitischer Sicht ist das Manöver problematisch: Es schwächt die Rolle des Parlaments, wenn die Räte jederzeit damit rechnen müssen, dass der Bundesrat je nach Verlauf der Debatte mit neuen Argumenten in den Prozess eingreift. Das ist nicht im Sinn der Gewaltenteilung. Die Ständeräte sollten dies ihrer ehemaligen Ratskollegin Keller-Sutter zu verstehen geben.

**Daniel Foppa**  
Ressortleiter Inland

## Bundesrat erlaubt Gegenvorschlag

**Konzerninitiative** Der Bundesrat hat das Vorhaben von Justizministerin Karin Keller-Sutter gutgeheissen: Nun soll sie also einen abgeschwächten Gegenvorschlag zur Volksinitiative erarbeiten, die Grosskonzerne zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zwingt. Economiesuisse begrüsst den Plan, die Initianten werten das Vorgehen als Zeichen der Nervosität. (red) **Kommentar oben, Bericht Seite 5**